



Proteste waren erfolgreich: Umweltschutzanwalt Johannes Kostenzer kann weiterhin gegen Naturschutzbescheide auf Bezirksebene berufen. Foto: Böhmi

Umweltschutzanwalt behält sein Beschwerderecht

Von Peter Nindler

Innsbruck – Das für die Landesverwaltungsgerichte ab 2014 notwendige Anpassungsgesetz des Landes enthielt eine saftige Überraschung für den Landesumweltschutzanwalt. Der Entwurf sah nämlich vor, dass seine Rechte im Naturschutzverfahren erneuert beschnitten werden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist seine Stellung bereits stark eingeschränkt: Er ist nicht weisungsfrei und kann gegen Bescheide der Landesregierung keinen Einspruch erheben.

Auf Bezirksebene konnte er in den Verfahren auf Bezirksebene Berufungen gegen Bescheide der Bezirkshauptmannschaft einlegen. Diese Möglichkeit war im neuen Anpassungsgesetz nicht mehr vorhanden, auch in der Novelle des Tiroler Naturschutzgesetzes, welches derzeit die Interessengruppen und Parteien begutachten, ist das Beschwerderecht nicht verankert. Heftige Proteste von Umweltinitiativen, von den Grünen, dem Bürgerforum und von Landesumweltschutzanwalt Johannes Kostenzer waren die Folge. Die Position des Umweltschutzanwalts würde massiv an Bedeutung verlieren, kritisierte Kostenzer.

Zuletzt gab es intensive Verhandlungen, schließlich erklärte Neo-Landesrat Thomas Pupp, dass die Rechte

des Umweltschutzanwalts nicht geschmälert werden sollen. Seit der umstrittenen Genehmigung für die Erschließung des Piz Val Gronda, die auch Pupp befürwortet, ist das Verhältnis zwischen Umweltschützern und Land Tirol angespannt.

Am Dienstag wird die Landesregierung die Anpassungsgesetze für das Landesverwaltungsgericht absegnen und an den Landtag weiterleiten. Pupp und LH Günther Platter verhandelten zuletzt über den Umweltschutzanwalt. Und obwohl ÖVP-Wirtschaftskreise den Umweltschutz am liebsten abschaffen würden, stimmte Platter einer Korrektur zu. Der Landesumweltschutzanwalt behält sein Beschwerderecht in erster Instanz und kann auch künftig Berufungen einlegen, die dann vom Landesverwaltungsgericht behandelt werden. Eine entsprechende Formulierung wird in das Gesetz aufgenommen. 2011 wurden auf Bezirksebene 1060 Verfahren im Naturschutzbereich abgewickelt, das Beschwerderecht sichere den sorgsamsten Umgang mit der Umwelt in Tirol.

Unabhängig davon leitet die Regierung mit ihrem Adaptierungsgesetz die größte Verwaltungsreform im Lande ein. So werden Sonderbehörden wie die Grundverkehrskommissionen erster Instanz, der Landesgrundverkehrreferent und auch der Landesagrarsenat abgeschafft.

Ja zu Millionenförderung noch vor Behörden-Genehmigung

Landesrechnungshof nahm Seilbahnförderungen unter die Lupe und ortet bei Schultz-Subventionen mögliche Konflikte mit EU-Beihilferecht.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Affäre des im Februar zurückgetretenen Raumordnungs- und Finanzreferenten des Landes, LR Christian Switak, sorgte im November des Vorjahres für heftige Kritik. Switak lebte mit seiner Partnerin in einer Wohnung des Zillertaler Seilbahnbetreibers Heinrich Schultz. Und das zu besonders günstigen Mietkonditionen in bester Lage im Zentrum von Innsbruck. Später gestand Switak seinen Fehler ein und suchte sich eine neue Wohnung. Im Zusammenhang mit der Debatte über seine Mietwohnung forderte die Opposition eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofes über die Förderungen des Landes für Seilbahnunternehmen – vor allem für die Schultz-Gruppe.

Von Februar bis August 2012 hat der Landesrechnungshof (LRH) die Subventionen („Sonderprüfung betreffend Transparenz und Kontrolle im Verhältnis Land Tirol – Unternehmensgruppe Schultz und Gewährung von Förderungen an Seilbahnunternehmen, Teil 1“) unter die Lupe genommen. Der Rohbericht liegt jetzt vor, das Land Tirol hat bereits seine Stellungnahme abgegeben.

Im Mittelpunkt des ersten Teils des LRH-Berichts steht mit der Förderung des Skigebietszusammenschlusses Kals/Matrei eines von drei großen Schultz-Projekten in Osttirol. Daneben geht es noch um das Skizentrum St. Jakob im Deferegggen und die Erweiterung des Sporthotels Sillian (Hochpustertaler Bergbahnen).

Drei zentrale Aspekte wirft dabei der Landesrechnungs-

hof auf: einen möglichen Konflikt mit dem EU-Beihilferecht, eine Förderungszusage, obwohl noch keine behördlichen Genehmigungen der Projekte vorlagen, und das Fehlen von Vergleichsangeboten, wenn wie beim Förderwerber Schultz seine eigene Firma (Wohnbau Schultz GesmbH & Co KG) Leistungen erbracht hat.

Dass für Kals/Matrei Mittel aus dem Raumordnungsschwerpunktprogramm zur Verfügung gestellt wurden, sieht der LRH kritisch. Die Landesregierung argumen-

tiert hingegen, dass in besonderen Ausnahmefällen Landesförderungen auch für Kleinskigebiete wie Kals oder Matrei vorgesehen sind. Außerdem wird die überdurchschnittliche Bedeutung für Osttirol hervorgehoben. Nichtsdestotrotz wirft der Rechnungshof auch die Frage auf, warum die Regierung im November 2006 die Förderungen bereits mit einem Regierungsbeschluss genehmigt hatte, obwohl der Ausgang der behördlichen Verfahren für die Schischaukel (Naturschutz) noch ungeklärt war.

Für den 2008 erfolgten Skizusammenschluss wurden zehn Millionen Euro an Förderungen genehmigt, für das Hotelprojekt 3,1 Millionen Euro. Dazu kommen noch Bundesförderungen von 3,1 Millionen Euro und ein Zuschuss von einer Million Euro. Das Land betont in seiner Stellungnahme, dass keine Fördermittel vor Abschluss der Behördenverfahren ausbezahlt wurden.

Weil es auch stille Beteiligungen bei der Schischaukel gibt, rügt der Landesrechnungshof mögliche Überschreitungen nach dem EU-Beihilferecht. Er geht davon aus, dass den eingegangenen Beteiligungen Beihilfecharakter zukommen könnte und damit die im EU-Beihilferecht festgelegten maximalen Fördersätze deutlich überschritten werden. So hält die Osttiroler Investmentgesellschaft (OIG) 25,1 Prozent an der Bergbahnen Kals GmbH & Co KG. Die Beteiligung wird mit sechs Millionen Euro beziffert. Das Land ist an der OIG mit 25 Prozent beteiligt. Stille Beteiligungen in Höhe von 3,77 Mio. Euro halten weiters die Gemeinden und die Nationalparkregion Hohe Tauern.

Laut dem Land Tirol liegen die öffentlichen Förderungen sicher unter der maximalen Fördererlaubnis von 29,3 Prozent, weil die Gesamtkosten die im Raumordnungsschwerpunktprogramm abgerechneten 47,5 Mio. Euro deutlich übersteigen würden.

Der Bericht wird jetzt im Finanzkontrollausschuss des Landtags behandelt. Zwischenzeitlich arbeitet der Rechnungshof an der Fertigstellung des zweiten Teils.



Mit mehr als 13 Mio. Euro förderte das Land Kals/Matrei. Dazu kommen noch sechs Millionen von der Osttiroler Investmentgesellschaft. Foto: Oblasser

Federspiel und FPÖ in Innsbruck einig

Innsbruck – Seit Wochen verhandelt die Tiroler FPÖ-Spitze über eine Landtagskandidatur des Innsbrucker Gemeinderats Rudi Federspiel, der 1998 aus der FPÖ ausgeschlossen wurde. Federspiel soll auf Platz zwei der FPÖ-Landesliste kandidieren und in Innsbruck freiheitlicher Spitzenkandidat sein. Bereits in dieser Woche soll ein erster Schritt der Kooperation gesetzt werden. Rudi Federspiel will mit der FPÖ

im Innsbrucker Gemeinderat noch enger kooperieren, die beiden Gruppierungen werden künftig unter einem gemeinsamen Dach firmieren.

Skeptisch steht der Wiedervereinigung der vor zwei Jahren aus der FPÖ ausgeschlossenen GR Christian Haager gegenüber. Er kandidierte im Frühjahr für Federspiel und fordert vor einer Wiedervereinigung die völlige Rehabilitation von der FPÖ. Haager

war bis zu seinem Ausschluss im Mai 2010 stellvertretender Tiroler FPÖ-Chef.

Neo-Parteichef Frank Stornach wird am Dienstag erstmals die Situation in Tirol sondieren. Im Windschatten des Milliardärs machen sich einige Splittergruppen und ehemalige Politiker Hoffnungen, in seinem Team zu sein. Kapazitäten aus der Wirtschaft haben sich bisher noch nicht gefunden, vielmehr wollen

ehemalige, ausgeschlossene und strengere Freiheitliche bei Stronach andocken. Einer von ihnen ist der Ex-Freiheitliche Alois Wechselberger. 2008 wollte er unbedingt bei den Landtagswahlen antreten, was er letztlich aber nicht tat – mangels Unterstützung. Deshalb wollte er sogar unter möglichen Unterstützern 100 Euro und beim Einzug in den Landtag nicht weniger als drei Autos verlosen. (pn)

Kurzmeldungen

Reheis kritisiert Platter

Innsbruck – Kein Verständnis hat SP-Chef LHStv. Reheis für die Position von LH Günther Platter zu Tempo 100. „Platter kann meinen Regierungskollegen Thomas Pupp nicht zurückpfeifen, andererseits haben wir mit ihm ein Maßnahmenpaket besprochen.“ Über Tempo 100 und das sektorale Lkw-Fahrverbot solle mit Wien und Brüssel verhandelt werden. (TT)



Reheis stellt sich hinter seinen Landesrat Thomas Pupp. Foto: Böhmi

Grüne fordern Tempo 100

Innsbruck – Als einen „heimlichen Diener der EU-Kommission“ bezeichnet der grüne Verkehrssprecher Georg Willi LH Platter. Denn jeder wisse mittlerweile: Ohne Umsetzung des EuGH-Urteils – und da ist Tempo 100 zentraler Bestandteil – gebe es kein Müll- und Schrottfahrverbot für Lkw. (TT)

Photovoltaik auf Schuldächern

Innsbruck – Im Zusammenhang mit der Klimastrategie des Landes wird jetzt auch die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Schuldächern geprüft. „Die Förderaktion würde insofern Sinn machen, als dass sie zur Bewusstseinsbildung bei den Schülern beitragen würde“, betont VP-LA Toni Pertl. (TT)

„Abgängiger“ war auf der Heimfahrt

Mayrhofen – Weil er nach einem Almbetrieb im Zillertal am Samstagabend seine Reisegruppe nicht finden konnte, ist ein 76-jähriger per Anhalter vorzeitig heim nach Oberösterreich gefahren. In Mayrhofen war indes eine Suchaktion eingeleitet worden, die gegen Mitternacht erfolglos abgebrochen wurde. (TT)

Polizei stoppte Alkosünder

Innsbruck – Bei Fahrzeugkontrollen in der Nacht auf Sonntag gingen der Innsbrucker Polizei zwei stark betrunkenen Lenker ins Netz. Ein 45-jähriger Pkw-Lenker wies um halb zwei Uhr Früh 2,18 Promille auf. Ein 39-jähriger war auf seinem Motorrad gegen 7.30 Uhr gar mit 2,22 Promille unterwegs. (TT)